



***Ethische Evolution oder Devolution? Wir haben die Wahl!***

Von der Ethikpartei-Human-Wirtschafts-Akademie:

# **Eine Analyse zur Lage der Nation**

Das Model Schweiz und die Notwendigkeit des Föderalismus

Dienstag 5. Juni 2007 – ©: [www.ethikpartei.ch](http://www.ethikpartei.ch)

Weltpolitisches Umfeld & Finanz-Tsunami **3**

Militärische Globalisierung und die NATO-Osterweiterung **6**

Die politische und wirtschaftliche Globalisierung **10**

Widerstand: Die Rettung der direkten Demokratie **16**

Armeechef Keckeis – Kriegsgeneral des NATO- und US-UK-  
Israel-Kriegsbündnisses? **19**

Kleine Staatskunde und Zusammenfassung zum Thema der Neutra-  
lität für unsere ehrenwerten Politiker und Militärchefs **22**

Unsere Landwirtschaft ist zur Sicherung der Meinungsfreiheit und einer  
direkten Demokratie absolut notwendig **25**

Der «gandhische Demokratiedanke» und das traditionelle «Schweizer  
Modell» **28**

Der goldene Mittelweg zwischen dem Kapitalismus und Sozialismus **33**

Die wirtschaftliche Sicherheit einer dezentralisierten Demokratie **34**

Die Schlussfolgerung und ein kleiner Nachgedanke **35**



Inspiziert vom Globalisten-Kritiker und Föderalisten **M. Gandhi**

### **Weltpolitisches Umfeld & Finanz-Tsunami**

Die Schweiz war seit langem nicht in so einer starken wirtschaftlichen, politischen und militärischen Knechtschaft wie heute. Unsere Wirtschaft und Industrie ist immer mehr im ausländischen Besitz und es wird, um den kranken Dollar noch ein wenig am Leben zu erhalten, unser Volksvermögen, die Goldreserven zu Dumpingpreisen verkauft. Unsere Landwirtschaft und die Kleinbauern werden wegrationalisiert und unsere Militärs gehen zur Nato auf Wallfahrten und gründen Partnerschaften. Ausländische Truppen trainieren in den Bergen der Schweiz und die Afghanistan-Kriegs-Übung der Deutschen Luftwaffe, die in den Schweizer Alpen an einer Felswand im Berner Oberland zum Tornado-Absturz führte, hat ebenfalls ein epochales Zeichen gesetzt: Es ist wieder an der Zeit zu unseren Wurzeln zurückzukehren und eidgenössisch zu werden!

### **Die Freiheit ist aufgebraucht, wenn nicht gebraucht! Es gibt zwei Varianten der Globalisierung:**

Die erste Variante der Globalisierung ist die heutige, uns allzu bekannte fusionierte, zentralistische Globalisierung, die in einen weltweiten totalitären, digitalisierten, feudalistisch-faschistischen Überwachungsstaat und im Verlust der Freiheit mündet. Die zweite, bessere Variante der Globalisierung ist dann die, über das Bildungssystem, «weltweite Verbreitung» eines direkt-demokratischen, freiheitlichen Föderalismus mit einer grösstmöglichen Unabhängigkeit, Selbstversorgung und neutralen Selbstverwaltung der Länder, der Regionen, der Gemeinden und Dörfer, wie es uns **Mahatma Gandhi** gelehrt hat und auch der Schweizer Nationalheilige **Bruder Niklaus von der Flüe** mit den Worten: «Machet den Zaun nicht zu weit» und «Mischt Euch nicht in fremde Händel». (Um keine Begriffsverwirrung zu stiften, wollen wir hier den negativ behafteten Namen «Globalisierung» nicht mehr verwenden.)

Die Welt steht am Abgrund von zwei eng miteinander verknüpften Katastrophen. Wir von der **Ethikpartei** befürchten einen finanzpolitischen Tsunami, der mit einer globalen militärischen Aggression verkettet ist. Die USA, der stotternde Motor der Weltwirtschaft, ist heillos überschuldet. Die Regierung Bush hat so viel Schulden angesammelt, wie alle Regierungen seit der Unabhängigkeit von 1776 zusammen. Täglich müssen die USA sich mehr als 4 Milliarden Dollar leihen, um ihre Wirtschaft weiterführen zu können; zurückzahlen können sie ihre Verbindlichkeiten nicht. Experten befürchten einen finanzpolitischen Tsunami, der die Weltwirtschaft in den Abgrund reissen könnte.

Nur wer die unlösbare ökonomische Zwickmühle der herrschenden Klasse in den USA erfasst, kann die Zusammenhänge von Handelsbilanzdefizit, Überschuldung, imperialistischem Machtverlust und permanenter Kriegsführung verstehen. Die USA sind heillos überschuldet. Die Staatsverschuldung beträgt 8,8 Billionen Dollar und wächst jährlich um etwa 10 Prozent (wir benutzen hier die deutsche Schreibweise benutzt. US-Schreibweise bei dieser Summe wäre: 8,8 Trillion). Zu den 8,8 Billionen Dollar Staatsverschuldung kommen noch weitere 42 Billion Dollar Schulden von Bundesstaaten, Kommunen und Privathaushalten. Jeder US-Bürger, der neu auf die Welt kommt, wird mit 130.000 Dollar Schulden geboren.

Nur mit einem Verständnis für die drohende Schärfe der kommenden Krise und der nächsten Kriege können wir weltweit die Eskalationsstrategie der USA durchschauen. Der amerikanische Vizepräsident Cheney sprach von 20, 30 oder gar 40 Jahren Krieg. Wir müssen diese Drohung ernst nehmen. Die Strategie der USA zielt offen auf eine permanente Eskalation des Krieges.

Auf eine „sanfte“ oder kontrollierte Ablösung der USA als „Weltmacht Nummer Eins“ kann man nicht hoffen. Bei der riesigen Staatsverschuldung würden die USA nicht nur einfach auf Platz zwei abrutschen, sondern schnell auf tiefere Ränge fallen und die ganze Weltwirtschaft in einen Abwärtssog mit sich reissen. Die herrschende Klasse der USA mit ihrer Galionsfigur George W. Bush setzen all ihre Hoffnungen auf einen permanenten und eskalierenden Krieg, um ihre drohende Ablösung abzuwenden.

Wesentlicher Grund für die immense Verschuldung ist ein rasch wachsendes Handelsbilanzdefizit. Noch 1990 betrug das Defizit etwa 100 Mrd. Dollar; in den letzten Jahren ist es immens gewachsen: Im Jahr 2000 auf 400 Mrd., 2001 auf 380 Mrd., 2002 auf 430 Mrd. Dollar. Ab 2003 beschleunigte sich das Minus in der Handelsbilanz noch mal und wuchs auf 500 Mrd., 2004 auf 620 Mrd., 2005 auf 720 Mrd. und 2006 auf 764 Mrd. Dollar. Das heisst, im Jahr 2006 hat die Volkswirtschaft der USA insgesamt 764 Mrd. Dollar mehr ausgegeben (beziehungsweise konsumiert), als eingenommen (beziehungsweise exportiert). Die Wirtschaft der USA läuft also immer mehr auf Pump und muss sich täglich mehr als 4 Mrd. Dollar aus dem Ausland - im wesentlichen von China und Japan - leihen. Dies geschieht in Form von Staatsanleihen mit einem wachsenden Zinssatz.

Die Antwort der US-amerikanischen Notenbank ist die Flucht in die Geldentwertung, die Inflation. Die Dollar-Druckmaschinen laufen auf Hochtouren. Zwischen März 1959 (290 Mrd. Dollar) und Juni 2002 (8,2 Billionen Dollar) hat sich die Geldmenge M3 (im wesentlichen handelt es sich hierbei um Bargeld, Sparanlagen, Termianlagen, Geldmarktpapieren und Geldmarktfonds) ver-28-facht. Das Bruttosozialprodukt hingegen hat sich aber im gleichen Zeitraum nur vervierfacht (1959 betrug es 2,2 Billionen Dollar, 2002 9,3 Billionen Dollar). Derzeit belaufen sich die Schätzungen der Geldsumme M3 der USA auf ca. 10 Billionen Dollar. Tatsächlich kann man den Betrag nur schätzen, da die Notenbank der USA die Zahl der neugedruckten Dollars seit März 2006 nicht mehr veröffentlicht. Die Inflation in den USA ist zum Staatsgeheimnis geworden! Der neue Notenbankchef Ben Bernanke wird zitiert mit den Worten: "Die US-Regierung besitzt eine Technologie, Druckerpresse genannt, die es erlaubt, so viele Dollars herzustellen, wie sie wünscht und das im Wesentlichen ohne grossen Kostenaufwand."

Das bedeutet, dass es einen riesigen Substanzverlust der amerikanischen Wirtschaft gibt. Denn die Geldsumme steigt nur aufgrund der Kreditvergabe der Banken und nicht aus der realen Wertschöpfung. Der Geldwert wächst, die realen Werte nicht. Der Dollar gegenüber anderen Währungen immer mehr an Wert. Kostete der Euro noch im Januar 2000 nur etwa 0,90 US-Dollar, so muss man jetzt für einen Euro schon 1,346 US-Dollar hinblättern. Das ist ein Wertverlust von fast 50 Prozent innerhalb von wenigen Jahren.

## **Militärische Globalisierung und die NATO-Osterweiterung**

Die Militärische Abhängigkeit der Schweiz: Die Spinndoktoren (Propagandafachleute) des Bundesrates wollen uns hinter unserem Rücken an die grossen nicht-demokratischen Blöcke (EU, NATO) angliedern und unsere Militärköpfe sprechen offen davon, dass die Neutralität ausgedient habe. Die Öffnung der fliegerisch attraktiven Schweizer Berglandschaft für Militärs aus Nato-Staaten ist Teil eines umfassenden Kooperationssystems, mit dem unser ehemals neutrales Land zum Teilhaber der westlichen Kriegsexpansion wird.

Die PfP (Partnerschaft für den "Frieden"), welche die Schweiz mit der NATO eingegangen ist verlangt, dass unsere Armee NATO Standards akzeptiere und z. B. dass unsere Militärlastwagenanhänger mit den Natomilitärlastwagen kompatibel sein müssen usw. Aber mit wem haben wir uns da eingelassen?

Was ist die NATO? Sie ist ein ehemaliges Konstrukt als Verteidigungsbündnis gegen die den Warschauer Pakt, wurde nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion aber nicht aufgelöst, sondern sie wurde "osterweitert". Seitdem verfolgt sie auf der ganzen Welt eine imperialistische Aggressionspolitik und das unter der Federführung einer immer mehr faschistischen US-Regierung. Und seit 1999 hat sich die Nato hochhoffiziell – aber ohne jede demokratische Legitimation – zum Angriffsbündnis erklärt. Durch Gesetzesänderungen hat sich die Bushregierung nach (dem selbst fabrizierten) 9.11 alle Rechte und Möglichkeiten zu einer Diktatur gemausert und bei der nächsten grösseren Krise kann sie diese auch umsetzen (1937 und der Reichstagbrand lassen grüssen).

Die Osterweiterung der NATO hat die Sicherheit für ihre Mitgliedsstaaten nicht erhöht, sondern im Gegenteil unnötigerweise verschlechtert. Die systematische Ausgrenzung Russlands bei gleichzeitiger Expansion der NATO in den Bereich des früheren Warschauer Paktes, die Einrichtung von Militärbasen in Zentralasien, sowie Luftstützpunkten und Depots der amerikanischen Streitkräfte in Rumänien und Bulgarien werden von Moskau als das gesehen, was sie sind: Eine Eindämmungs- und Einkreisungsstrategie, deren Angriffsziel letztendlich die Integrität des russischen Territoriums selber ist.

Der russische Erste Stellvertretende Premierminister, Sergei Iwanow, sagt auf einer Pressekonferenz, dass Moskau einen Aufschub über den CFE-Vertrag (Vertrag über die Reduzierung der konventionellen Truppen in Europa) verhängt habe. Diese Entscheidung ist vor allem eine Reaktion auf die Provokation der USA, quasi direkt an der russischen Grenze US-Raketenabwehrsysteme zu installieren.

In Russland glaubt niemand die seltsame Begründung, diese Systeme seien gerade in Polen und Tschechien nötig, um Raketen aus Nordkorea und dem Iran abzuwehren. Sehr wohl sieht man die Gefahr, dass diese Raketensilos sehr leicht umgerüstet und mit atomaren Raketen bestückt werden können, deren Flugzeit bis Moskau dann nur wenige Minuten dauern. Aus diesem Grund hat Präsident Putin den Vergleich zur Stationierung der Pershing II im Jahre 1983 in Deutschland gezogen.

Moskau droht mit der völligen Aufkündigung des CFE-Vertrages, falls die NATO-Mitgliedstaaten ihn nicht selber ratifizieren. Während die Bevölkerung nicht nur in Osteuropa, sondern auch in Russland nach 1989-91 grosse Erwartungen an den Westen hatte, hat die Erfahrung der 90er Jahre dazu geführt, dass die Stimmung sehr weitgehend umgeschlagen ist. Heute unterstützen circa 80 Prozent der Russen Präsident Putin. Und seit spätestens 2004 wird die EU keineswegs mehr als das harmlosere Vehikel für die Osterweiterung des Westens, sondern als Ausdruck der gleichen US / NATO imperialen Politik angesehen.

Nicht nur die strategische Partnerschaft zwischen den USA und Russland ist gescheitert, auch im Verhältnis Russland-EU zeichnen sich dunkle Wolken am Horizont ab. Umso bedauerlicher ist es, dass Bundeskanzlerin Merkel es bisher nicht verstanden hat, das Vermächtnis, das Gerhard Schröder ihr in Bezug auf das deutsch-russische Verhältnis hinterlassen hat, zu bewahren.

Anstatt die deutsche EU-Präsidentschaft zu nutzen, um der Politik der EU deutsche Konturen zu verleihen, wurde sie in Sachen EU Brüsselbezogener als ihr Vorhänger. In Berlin heisst es nicht: „Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik“, sondern: „Brüssel umreisst die Ziele in der Aussen- und Innenpolitik Deutschlands.“

Vor dem Hintergrund der US-Schuldenkrise versteht man die Strategie der permanenten Kriegsführung der USA besser. Wie weiter oben schon zitiert: Cheney spricht von permanentem Krieg; 20, 30 oder 40 Jahre. Mit den sich weiter entfaltenden Kriegen kann die USA den Absturz zwar nicht vermeiden aber hinauszögern. Für das Kapital sind Kriege immer ein sehr einträgliches Geschäft.

Zudem trägt sich Washington mit der Hoffnung, dass eine immer grösser werdende Zerstörung auch wachsende Wiederaufbauaufträge für Bechtel und Halliburton und andere Firmen bedeuten. So kann die USA ihren Gläubigern noch die Hoffnung auf zukünftiges Wachstum versprechen. Bei allen Schulden, die aufgenommen werden, verdient das Rüstungskapital in den USA sehr gut. Laut Friedensforschungsinstitut SIPRI haben die USA allein im Jahr 2006 528,7 Mrd. Dollar für Rüstung ausgegeben. Allein für den Irakkrieg betrug der Anteil der Waffenkäufe 2 von den insgesamt 6 Prozent US-Aufschwung.

Die Strategie der amerikanischen herrschenden Klasse scheint folgende zu sein: Um seine Konkurrenten - insbesondere China - erpressen zu können, will Washington sich so viel der weltweiten Ölreserven wie möglich unter den Nagel zu reissen. Öl ist der Treibstoff des Kapitalismus und der Treibstoff der modernen Kriegsführung. Der US-Militärapparat verbraucht mehr Öl als die gesamte Volkswirtschaft der BRD zusammen. Zudem ist der offiziell so genannte „Krieg gegen den Terror“ ein ideales Mittel, um den Hauptkonkurrenten China aber auch Russland militärisch einzukreisen.

Ein Angriff der USA auf den Iran würde verheerende Auswirkungen auf die Menschen in der gesamten Region haben. Auch besteht die Gefahr, dass ein solcher Angriff nicht regional begrenzt bleibt. Wir können ganz sicher davon ausgehen, dass der Irak, Syrien, der Libanon, Israel, Afghanistan und alle in den jeweiligen Ländern stationierten Truppen - wie Deutschland, Britannien, Kanada etc. - tief in einen solchen Krieg hineingezogen würden. Eine ganze Weltregion droht im Krieg zu versinken. Der drohende Krieg gegen den Iran könnte einen dritten Weltkrieg auslösen; und wieder wäre Deutschland auf Seiten der Aggressoren dabei.

Angesichts der relativen militärischen Stärke Irans haben Washington und Paris sogar mehrmals gedroht, den Iran mit Atomwaffen anzugreifen. Ein möglicher Vorwand, um einen Krieg gegen den Iran beginnen zu können, wäre eine Eskalation des Bürgerkrieges im Libanon, auf die Israel kriegerisch gegen die Hisbollah und Syrien reagieren könnte.

Für die amerikanische herrschende Klasse gibt - bei drohendem Untergang - keine Alternative zur Kriegseskalation. Zwar tun sich manche „demokratischen“ Präsidentschaftskandidaten wie Clinton oder Obama mit Äusserungen gegen den Krieg im Irak hervor. Doch als Partei sind die Demokraten auf eine Eskalationspolitik festgelegt.

Mit Gesetzen wie der "Präsidialen Direktive über Nationale Sicherheit und Heimatsicherheit" (The National Security and Homeland Security Presidential Directive) bereiten sich Bush und seine Konsorten auch nach Innen auf Krieg und Wirtschaftskrise vor. Dieses und andere neue Gesetze erlauben es, in einer besonderen Notfallsituation, die Gewaltenteilung in den USA aufzuheben.

Legislative, Judikative und Exekutive liegen dann in den Händen des Präsidenten (der dieses Gesetz am 9. Mai 2007 unterzeichnet hat). Dies hebt die amerikanische Verfassung praktisch auf.

Zudem erlauben die neuen Gesetze eine Verlängerung der Amtszeit von George W. Bush beziehungsweise ermöglichen die Ernennung des Vizepräsidenten Dick Cheney im Falle eines Krieges oder einer anderen Katastrophen.

Heil to the new Emperor!

Bush (USA), Brown (GB), Merkel (BRD) und Sarkozy (FR) singen gemeinsam „den Orwellschen Newspeach“ im Chor:

„Angriff ist Verteidigung, Krieg ist Frieden, Folter ist Gerechtigkeit, Kritik ist Terror, Unterdrückung ist Freiheit.“

## Die politische und wirtschaftliche Globalisierung

Die wirtschaftliche Abhängigkeiten: Derzeit gibt es riesige Kapitalsummen auf der Suche nach profitträchtigen Investitionsmöglichkeiten. Jeden Tag umkreisen 2 Billionen Dollar Kapital auf der Suche nach profitträchtigen Investitionsmöglichkeiten den Erdball. Es gibt eine riesige Spekulationsblase, weil die Investoren nicht wissen, wo sie mit ihrem Geld noch Profite erzielen können. Kaufen, übernehmen, zerschlagen, weiterverkaufen etc. - die Spekulationsblasen in der allgemeinen Aufschwunghysterie entstehen, weil der Kontakt zu den realen Werten schon längst nicht mehr vorhanden ist.

Da sich eine Investition in die Produktion realer Werte kaum mehr rentiert, hat das Kapital die Strategie der Heuschrecken entdeckt. Diese setzen auf den Kauf und Verkauf von Firmen, bei denen sie die Lohnkosten dramatisch absenken (wie Blackstone bei der Telekom), die sie dann zerschlagen, aufteilen und zu einem überdurchschnittlichen Profit weiterverkaufen. Oder sie kaufen Wohnsiedlungen auf, kassieren die Mieteinnahmen, lassen aber die Wohnungen verkommen. Doch auch in diesen Übernahmen und Verkäufen hat sich eine Spekulationsblase gebildet, die zu platzen droht. Die Übernahmeobjekte werden nämlich nach der Zerschlagung an die nächste Heuschrecke weitergereicht, welche die gleiche Prozedur noch extremer wiederholt. Auf diese Weise sinken die Profite, die sich aus dieser Zerstörung von Werten ergibt, ganz schnell.

Dieser Anarcho-Kapitalismus hat ein neues Zugpferd; die so genannten Hedge-Fonds. Diese Hedgefonds werden als Rammbock eingesetzt um das Ende der Macht der Nationalstaaten zu erzwingen. Die Forderung nach ein wenig Transparenz der Hedge-Fonds sollte auf die internationale Ebene gehoben werden. Die Initiative der deutschen Bundesregierung, die von Hedge-Fonds ausgehenden Gefahren auf die Tagesordnung des G8-Gipfels in Heiligendamm zu setzen, ist leider gescheitert. Angela Merkel hatte sich beileibe kein ehrgeiziges Ziel gesetzt. Aber auch dieser Misserfolg hat etwas Gutes. Er dokumentiert, dass die Regierungen der USA und Grossbritanniens, in denen die allermeisten Hedge- und Private-Equity-Fonds angesiedelt sind, auch nur die kleinsten Ansätze zu einer Regulierung verhindern.

Ihrem Einspruch ist es zu verdanken, dass selbst der bescheidene Wunsch nach etwas mehr Transparenz nicht zu einer internationalen Forderung wird. Der britische Finanzminister und künftige Premier Gordon Brown verhinderte sogar, dass sich die EU dem von Deutschland vorgetragenen Wunsch nach mehr Öffentlichkeit anschloss. Zum besseren Verständnis bringen wir einen Vergleich zu diesen Hedge-Fonds:

Stellen sie sich vor, Sie wären Passagier in einem Verkehrsflugzeug, und die Motoren sind ausgefallen. Der Pilot weiss, dass das Flugzeug sinkt, und versucht verzweifelt, das Ziel zu erreichen, bevor die Maschine abstürzt. Während die Stewardessen in der Kabine den Passagieren versichern, es sei alles in Ordnung, werfen andere Crewmitglieder im Laderaum verzweifelt Fracht und Gepäck über Bord, damit das Flugzeug an Gewicht verliert.

Das ist eine ganz passende Metapher für den gegenwärtigen Zustand der Wirtschaft. Die Finanzelite kann nicht länger die Blase des Wirtschaftswachstums weiter aufpumpen, weil sie weiss, dass die Hunderte oder Tausende von Billionen an spekulativen Finanzwetten, wertlosen Finanzpapieren und unbezahlbaren Schulden ohnehin nicht zu halten sind. Die Summen der Schulden sind so gewaltig geworden, dass keiner sie mehr beziffern kann, und in einer Weise untereinander verflochten, dass selbst die besten Experten es nicht mehr begreifen.

So warnt die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, (BIS - das ist die gemeinsame Bank der Zentralbanken der westlichen Industrienationen), vor einem Absturz vergleichbar mit der grossen Depression der 30er Jahre, der aus der „Orgie bei den Krediten“ bzw. der Verschuldung droht. Auch wichtige Presseorgane des Kapitals weisen schon auf den drohenden Zusammenbruch hin.

So schreibt die Washington Post am 12. Juni 2007 über die Blase bei der Schuldenaufnahme für Unternehmensübernahmen: „Es ist unmöglich vorherzusagen, wann der magische Moment letztlich erreicht wird und jeder endgültig versteht, dass die Preise die für diese Unternehmen gezahlt werden und die Schulden die dafür aufgenommen werden nicht mehr tragfähig sind. Wenn es passiert, wird es nicht hübsch anzusehen sein. In grossem Stil werden Aktien und die Werte der Firmen selbst fallen.“

Banken werden schmerzhaft Ausfälle bekannt geben, manche Hedgefonds werden schliessen müssen und Private Equity Firmen werden nur enttäuschende Gewinne erzielen.“

Weil die Finanzoligarchie an der Spitze dieses Systems weiss, dass das Ende der Fahnenstange erreicht ist, will sie nun den Zusammenbruch in ihrem Sinn steuern. Dazu werden Notfallpläne aktiviert, während die Bevölkerung im Dunklen gehalten wird. Die Gesamtstrategie ist eine politische: Die politische Macht soll von den Nationalstaaten vollständig auf wirtschaftliche Strukturen und die Finanzmärkte übergehen. Im Rahmen dieser politischen Vorhaben verfolgt man finanzielle Strategien, um den bankrotten Zustand des Systems zu verschleiern, die Banken offen und die Öffentlichkeit im Zustand träger Unwissenheit zu halten.

Zum Teil geht der Machtübergang ganz offen vonstatten in der Form von Globalisierung, Kartellbildung, Privatisierung, Deregulierung und „freien Märkten“; andere Teile werden sorgfältig verborgen, etwa durch Geschäfte ausserhalb der Bilanzen und über die Schattenwelt des Investmentbanking und der Beteiligungsfonds. Aber wo bleiben die Verluste? Wo sind die Bankrotte? Warum sieht man nie Banken, die schliessen? Scheinbar gehen nur die „kleinen Fische“ unter, während die grossen Spieler wie Citigroup, Morgan Chase und andere munter weitermachen, obwohl sie eigentlich auch bankrott sind.

Die Antwort findet man bei den Hedgefonds und Beteiligungsgesellschaften (Private Equity Funds), denn eine ihrer Funktionen besteht darin, gefährdete Unternehmen oder Teile davon aufzukaufen, um zu verhindern, dass sie zahlungsunfähig werden. Alte Schulden werden so mit neuen Schulden bezahlt - aus heute fälligen, unbezahlbaren Schulden werden noch viel weniger bezahlbare Schulden, die aber erst später fällig werden. Dieses System der ständigen Umschuldung ist eine der Möglichkeiten, den Bankrott des Systems zu verbergen, und einer der Gründe, warum diese Fonds erfunden wurden. **Das gesamte Finanzsystem hat sich in ein riesiges Hütchenspiel verwandelt**, bei dem das Geld immer schneller hin- und hergeschoben wird, um den Eindruck zu erwecken, das System sei noch solvent, während man die Verluste unter den Teppich kehrt.

Der Bankrott ist die treibende Kraft hinter den Fusionen von Grossbanken, der Konsolidierung der Rohstoffkonzerne und ähnlichem. Es wird so getan, als gäbe es dadurch mehr Wettbewerb, und das alte System werde damit am Leben erhalten, doch in Wirklichkeit sind es Schritte hin zu einem neuen globalistischen Anarcho-Kapitalismus.

Gleichzeitig wird die Computertechnik immer mehr dazu benutzt einen Orwellsche Überwachungsmechanismen im Stile von „Big Brother“ zu installieren, die jeden beobachten. Die Regierung bezahlt vielleicht für diese Systeme, aber ihr Aufbau und Betrieb liegt weitgehend in privaten Händen, bei privaten Geheimdienstnetzwerken, die der Oligarchie zur Abschaffung der Zivilgesellschaften und der Regierungen dienen.

Das Vorbild hierfür ist Grossbritannien, das sich in einen Überwachungsstaat verwandelt hat, in dem der Bürger ständig durch Kameras und Informanten beobachtet wird; auch die Bewegungen von Fahrzeugen sollen nun mit Drohnen (selbstgesteuerte Roboter -Flugzeuge) verfolgt werden.

Die zunehmend kartellierten Medienkonzerne machen uns weis, alle diese Änderungen seien zu unserem Besten, um Länder wettbewerbsfähiger und sicherer zu machen, aber das sind alles nur Irreführungen. Tatsächlich erleben wir die oligarchische Zerstörung der Nationalstaaten.

Das ist die politische Strategie der Finanzoligarchie, sie will den Zusammenbruch des Finanzsystems in ihrem Sinne nutzen; im Grunde hat sie die Blase überhaupt nur zu diesem Zweck geschaffen. Die Oligarchie will, dass das Finanzsystem einstürzt und das System der Nationalstaaten mit in den Abgrund reisst, damit sie und ihre imperialen Kartelle hinterher alle Überlebenden beherrschen können.

Auch die heute noch so mächtig erscheinenden Hedgefonds werden dann nicht überleben. Ihre Rolle besteht nur darin, die Machtübernahme zu erleichtern, die unbezahlbaren Schulden zu verbergen und als Rammbock der Konsolidierung den Weg zu bahnen, während ihre finanzielle Macht dazu dient, politischen Einfluss zu kaufen und die Regierungen daran zu hindern, sich selbst zu retten.

Die sich derzeit verschlechternde Lage im politischen Entscheidungsprozess der amerikanischen Regierung über entscheidende Fragen erfordert es, dass wir nun offen reden. Wir müssen hier eine programmatische Erklärung formulieren, wie sie die führenden politischen Parteien unbedingt benötigen, da sie sich momentan als unfähig erwiesen haben, die tatsächliche Lage, die uns selbst und andere Staaten bedroht, zu verstehen.

Westlich der Grenze vom Ural, südlich von Skandinavien und quer durch ganz Kontinentaleuropa bis hin zum Vereinigten Königreich ist Europa zu einer Ansammlung gescheiterter oder scheiternder Regierungen geworden. Das gleiche gilt im Grunde auch für die innenpolitische Lage der USA.

In den USA ist das chronische Versagen der Führungen sowohl der Republikanischen wie der Demokratischen Partei (insbesondere seit Februar 2006). Natürlich gilt unsere besondere Aufmerksamkeit den wichtigen Lehren aus der jüngeren Vergangenheit: dem Zusammenbruch der demokratischen Werte seit der Bestätigung des Bush Vasallen Alitos zum Obersten Bundesrichter.

Trotzdem richtet sich unsere Botschaft weniger auf das, was z.B. in den USA bereits geschehen ist, als auf das weit, weit Schlimmere, was schon bald eintreten wird, wenn unsere gewählten Führer ihr fahrlässiges Verhalten nicht ändern.

In Europa wie in den USA selbst liegt die Hauptgefahr zu der weitgehenden Aufgabe von Funktionen nationaler Souveränität in der Unterwerfung unter eine Form von Vergewaltigung und Plünderung, welche die Raubzüge der Hedgefonds und die Zerstörung nationaler Souveränität durch die Globalisierung darstellt.

Die USA und der grösste Teil der Bevölkerung West- und Zentraleuropas haben sich unter dem Banner der Globalisierung faktisch in eine Richtung drängen lassen, die uns schon bald in eine Art feudalistische Tyrannei zurückzuführen droht, wie man sie in der europäischen Geschichte zuletzt mit der mittelalterlichen Allianz der venezianischen Finanzoligarchie mit den brutalen normannischen Kreuzrittern sah.

Währenddessen haben die britische Labour-Partei und die Bush-Cheney-Regierung wiederholt (mit sofortiger Amtsenthebung zu ahnende) Verbrechen begangen, während der Kongress jammert, er könne nichts tun, um die Verfassung gegen einen Usurpator wie Vizepräsident Cheney zu verteidigen, der die Konstitution der Gründerväter der USA wie eine lange nicht gesäuberte Toilettenbürste behandelt. Es scheint orchestriert, als könne der US-Kongress und die hasenherzigen politischen Parteien nichts für die Sache der amerikanischen Nation tun.

Die Schuld liegt nicht "in den Sternen, lieber Brutus", sondern in der Tatsache, dass diejenigen, die sich als unsere Führer betrachten, in die Mentalität von Untertanen verfallen, sobald sie es mit den Tyrannen der wild um sich schlagenden Finanzmacht zu tun bekommen.

Bisher sind die Politiker in ihren Debatten jeglicher substantiellen Aussage über irgendeinen Gegenstand von tatsächlich grosser Bedeutung ausgewichen. „Gefühlsthemen“ stehen im Vordergrund, während die Tatsache ignoriert wird, dass die Welt vor der Gefahr des grössten Finanz- und Wirtschaftszusammenbruches der modernen Geschichte steht. Das offensichtliche Problem ist, dass die USA ihre wirksame Kontrolle über den eigenen Dollar abgetreten haben, aber der US-Dollar nach wie vor der Hauptträger der internationalen Schulden zwischen den Staaten der Welt ist. Ein Kollaps des Dollars würde nicht nur die USA zerstören.

Er würde eine globale Kettenreaktion im Finanzsystem auslösen, welche den Buchwert der meisten Forderungen gegenüber dem US-Dollar vernichtete und die Weltwirtschaft durch einen Kollaps der auf dem Dollar basierenden Märkte zusammenbrechen liesse. Bezieht man noch die Hedgefonds-Blase in die zum Platzen reife Finanzblase ein, ergibt sich eine Lage, die für die Menschheit eine weit schlimmere Bedrohung ist als die Finanzkrisen früherer Zeiten.

Die einzige Abhilfe gegen diese Bedrohung wäre eine Reorganisation des Weltwährungs- und -finanzsystems weg vom Dollar durch eine Gruppe von ethischen Gebildeten, wie wir es schon an verschiedenen Orten auf der Webseite der Ethikpartei ([www.ethikpartei.ch](http://www.ethikpartei.ch) oder [www.ethikpartei.de](http://www.ethikpartei.de)) vorgeschlagen haben.

## **Widerstand: Die Rettung der direkten Demokratie**

Die oberste Entscheidungsgewalt der Stimmbürgerschaft in Bund und Kantonen wird des öfteren angegriffen, insbesondere auch von den Grossmächten und der EU. Die Stimmbürger seien nicht erfahren und klug genug, um ihr Amt als letzte Entscheidungsträger auszuüben.

Zwei Monate nach Einreichung der Initiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda» ergriff Nationalrat Burkhalter, Neuenburg, eine parlamentarische Initiative, die als Gegenvorschlag zu der genannten Volksinitiative dienen soll. Seine Initiative sieht vor, dass der Bundesrat auch im Vorfeld von eidgenössischen Abstimmungen auf alle Arten die Stimmbürger aufklären soll.

Dabei wird übersehen, dass der Bundesrat mit dieser Informationspraxis in die Abstimmungskämpfe eingreift und Partei wird, statt über den Parteien zu stehen. In seiner Botschaft zur Initiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda» erklärt der Bundesrat ausdrücklich, er lehne jede Propaganda ab. Er wolle nur sachlich informieren. Wer die Stimmbürger zu einem bestimmten Verhalten bewegen wolle, einer Vorlage zuzustimmen, treibe Propaganda, die er – der Bundesrat – ablehne.

In den letzten 15 Jahren will jedoch der Bundesrat in den Abstimmungskämpfen effektiv Volk und Stände für seine Auffassung mit Staatspropaganda zu «führen». Er meint, es stehe ihm die Staatsleitung zu. Dabei übersieht er, dass das Führungsprinzip, das im Militär, in der Wirtschaft und in Krisensituationen berechtigt ist, in einer direkten Demokratie nicht gelten darf; hier darf der Bundesrat nicht führen.

Er hat das Volk lediglich aufzuklären, nicht aber für eine Vorlage zu manipulieren. Die wirkliche Haltung des Bundesrates in den Abstimmungskämpfen stimmt nicht mit seiner Erklärung, er wolle nicht Werbung treiben, überein. Mit der (Ver-)Leitung des Volkes handelt er effektiv demokratiewidrig und verletzt auch die so wichtige Gewaltentrennung zwischen Exekutive und Gesetzgebung.

Der Nationalrat hat in der unglücklichen Wintersession 2006 beschlossen, dass der Bundesrat zukünftig verpflichtet sein soll: Mit der Meinung der Mehrheit in der Bundesversammlung in den Abstimmungskampf zu ziehen. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sollen dann dieser Meinung zustimmen.

- Finden Sie es richtig, dass sich der Bundesrat nicht auf die sachliche Information der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger beschränkt, sondern wie ein «Propagandaministerium» eine eigentliche Abstimmungskampagne führt?

- Finden Sie es richtig, dass das Bundeshaus die grösste PR-Agentur der Schweiz ist und dass der Bundesrat in den letzten Jahren in seiner Kampagnetätigkeit immer einseitig Partei für die Grossen und Mächtigen in unserem Lande bezogen hat?

- Finden Sie es richtig? Hat das mit fairer und ehrlicher Politik noch etwas zu tun?

- Finden Sie es ehrlich, dass verschwiegen wird, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger deshalb derart falsch informiert werden, weil unser Staatswesen von der direkten in eine gelenkte Demokratie umgeändert werden soll und z. B. die Volksinitiative «Volksouveränität statt Behördenpropaganda» bekämpft wird, weil sie diesen Umbau verhindert?

Richtig ist, dass die direkte Demokratie ein Volk fordert, das sich immer weiter ausbildet und selbständig denkt. Nur dann kann es seine Aufgabe richtig erfüllen. Dann ist der Entscheid des Volkes jeder Entscheidungsgewalt von Regierungen, Parlamenten usw. überlegen.

Der riesengrosse Vorteil des Volksentscheides besteht darin, dass das Volk schlussendlich am besten weiss, was gut für es ist. Eine dezentrale direkte Demokratie ist die Friedensformel gegen den Krieg. Aus diesem Grund ist die direkte Demokratie allen anderen Staatsformen überlegen. Die direkte Demokratie sichert den Frieden unter den Bürgern besser als jede andere Staatsform. Sie ist auch – wie die Schweiz beweist – eine gute Grundlage für Freiheit und Wohlstand.

Das traditionelle politische System in der Schweiz ist auf die Brechung und Zerstückelung der Macht hin angelegt. Jeder gewählte Politiker, ob Lokalparlamentarier oder Bundesrat, steht in seinen Äusserungen und Entscheidungen unter der ständigen Drohung des Widerspruchs, der Vetomacht von unten durch Referenden und Volksinitiativen.

Seit Jahrhunderten hat die Schweiz keinen Krieg mehr angefangen. Nach der verheerenden Niederlage von Marignano (1515), als die Eidgenossen Italien erobern wollten, wurde eine Aussenpolitik der Bescheidenheit eingeführt. Direkte Demokratie (bis auf die nationale Ebene), Neutralität und Unabhängigkeit waren ein Korrektiv gegen Verschwendung und Grössenwahn.

Die Schweiz ist so zu einem real existierenden Referenzmodell dafür geworden, dass eine direkte demokratische Politik im Rahmen eines souveränen neutralen Nationalstaats eine hervorragende Voraussetzung bleibt für Frieden, Rechtlichkeit, Stabilität und wirtschaftliche Leistungen.

Während mehr als 500 Jahren dominierten die Mottos: "Mischt Euch nicht in fremde Händel" und "Macht den Zaun nicht zu weit" des bekannten Heiligen Niklaus von der Flüe (Bruder Klaus 1417-1487) die Schweizer Politik.

Die Schweiz ist seit 1515 neutral, was nach den Napoleonischen Kriegen 1815 von den europäischen Grossmächten auch anerkannt wurde. Kein anderes Land in Europa kann auf eine so lange Tradition der Neutralität zurückblicken: Schweden ist seit 1815, Irland seit 1921, Finnland seit 1948 und Österreich seit 1955 neutral.

Neutralität bedeutet, sich nicht in Kriege anderer einzumischen. Die Rechte und Pflichten neutraler Staaten zu Kriegszeiten wurden von der internationalen Gemeinschaft 1907 festgelegt. In Friedenszeiten können neutrale Staaten ihre eigenen Regeln bestimmen, es gilt jedoch allgemein als selbstverständlich, dass sie keinen militärischen Bündnissen wie der NATO beitreten.

## Armeechef Keckeis – Ein Kriegsgeneral des US-UK-Israel-NATO-Kriegsbündnisses?

Bis zur Umgestaltung unserer Armee zu einem PfP-NATO-Modul (Partnerschaft für den "Frieden" nichts anderes ist nämlich die Armee XXI) gab es in Friedenszeiten nie einen Schweizer General als Oberbefehlshaber wie in anderen Armeen. Die Schweizer Verfassung kennt nur in Kriegszeiten einen Oberbefehlshaber der Armee, der als einziger den Titel eines Generals trägt.

Seit der Gründung des Bundesstaates von 1848 kannte die Schweiz insgesamt vier Generäle, der letzte und bekannteste war Henri Guisan. Um zu illustrieren, dass allein schon das Amt von «Armeechef» Keckeis ein Unding ist und nie und nimmer in die Tradition der neutralen Schweiz passt, sei ein Blick in die Geschichte geworfen.

Was für ein Kontrast zur heutigen Zeit, in der ein Armeechef Terroranschläge herbeiredet, das US-Modell der Homeland Security importieren will und die Vernetzung der Schweizer mit ausländischen Armeen fordert und damit die Nato mit ihrer Angriffsdoktrin von 1999 meint. Und dies, nachdem er kurz zuvor dem Nato-Hauptquartier in Brüssel einen Besuch abgestattet hatte. Oder soll man eher «wallfahrten» sagen – einem starken Gegner sich unterwerfen? Dies hatte vor fast 70 Jahren Bundesrat Hermann Obrecht kategorisch ausgeschlossen. Angesichts der Situation, dass Hitler die Staatsoberhäupter, deren Länder er anschliessend zu überfallen gedachte, zu sich bestellte, hatte Bundesrat Obrecht am 16. März 1939 in Basel erklärt, dass die Schweiz jedem Angreifer die Stirn bieten werde und die Schweizer **“nicht zuerst ins Ausland wallfahrten gehen“** würden. (zit. bei Greyerz, S. 1157)

Genau dies tut aber Armeechef Keckeis und stellt sich so gegen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, die gemäss Umfragen weiterhin an der bewährten Staatsmaxime der immerwährenden bewaffneten Neutralität festhalten will. Und dies mit gutem Recht, ist doch gerade die Neutralität und die Tradition der Guten Dienste Garant dafür, nicht zum Ziel von Racheakten von Menschen aus bombardierten Ländern zu werden.

Wenn es denn überhaupt Anschläge von wirklichen Terroristen sein sollten. Man erinnere sich doch nur an die Nato-Geheimarmeen, die im kalten Krieg Anschläge selber inszenierten, um die Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen und nach einem starken Überwachungsstaat rufen zu lassen – wie es am Beispiel Italiens – Stichwort Operation Gladio – gut dokumentiert ist (vgl. Daniele Ganser. Nato's secret armies. Operation Gladio and Terrorism in Western Europe. New York 2005, ISBN 0-7146-8500-3 und auch im Google auf Youtube im Web). Auch die Schweiz hatte damals eine Untergrundarmee, die dem Nato-Netzwerk eingegliedert war.

Hatte? In einigen Ländern, so auch der Schweiz, wurden diese mörderischen Terrorzellen ausgehoben, so verlautete es jedenfalls. Wer weiss, ob im Zeitalter des Bush-Krieges gegen den Terror, der sich nun immer mehr zu einem kalt-heissen Kriegszustand des US-UK-Israel-Blockes gegen Russland und China entwickelt, solche nicht enttarnten oder neu eingerichteten Untergrundstrukturen nicht wieder instrumentalisiert werden, um die Europäer und die Schweizer auf Linie zu bringen?

Keckeis' Worte sind zu durchsichtig und die Hintergrundplanung zu offensichtlich: Ein Anschlag in der Schweiz, und die Schweizer suchen Zuflucht in den Armen und Armeen der Nato. Damit wären dann das Wasserschloss und die Alpentransversalen endgültig ein Nato-Protectorat und ideales legales Übungsgelände für Nato-Kampffjets. Der Tornado im Lauterbrunnental lässt grüssen. Und Schweizer Burschen müssten wie einst, von der eigenen geldgierigen Elite genötigt, als Söldner in der Fremde an Raubzügen von Grossmächten teilnehmen.

Es gibt in dieser Situation für einen Menschen, der nur halbwegs anständig bleiben will, keine Wahl. Schon gar nicht für ein neutrales Land wie die Schweiz. Die Vorstellung, sich in dieser Situation – ohne Not! – der Macht des Stärkeren anzuschliessen, ist unerträglich. Genau dies scheinen aber gewisse Kreise im Schweizer VBS zu verfolgen, indem sie sich über den Anschluss an die Nato-«Partnerschaft für den Frieden (PfP)» bis zur Unerträglichkeit einbinden lassen. Es ist höchste Zeit, dass wir hier auf eine Rückbesinnung, eine klare Orientierung drängen.

Laut SDA (Schweizerisches Departament für Äussere Angelegenheiten) erklärten die Pfp-Verantwortlichen bei der Nato damals: «Wer vom Programm nicht mehr überzeugt sei, könne jederzeit ohne grossen Aufwand austreten. Ein formeller Brief, überreicht durch den Botschafter, reiche aus. So sei etwa das Verfahren im Fall Malta über die Bühne gegangen, das seinen Austritt am gleichen Tag bekanntgegeben habe, wie die Schweiz ihre Teilnahme.»

Es ist höchste Zeit, dem Beispiel Maltas zu folgen. Die Schweiz hat ausgezeichnete Möglichkeiten, dem Frieden in der Welt zu dienen. Wir brauchen dazu keine Soldaten. Etwas mehr Mitfühlen, Mitdenken und Einsatz in Bereichen, in denen wir über Erfahrung und Wissen verfügen, könnten für den Frieden weit mehr bewirken, als ein unerträgliches Andienen bei einer in jeder Beziehung maroden «einzigen Weltmacht». Fordern wir den Austritt aus dieser unseligen Allianz. Wenn das winzige Malta es fertig bringt, der Nato zu sagen: Ohne uns. Wir wollen uns an Euren Verbrechen nicht mitschuldig machen! – wieso sollte die Schweiz nicht ebenfalls in der Lage sein, eine eigenständige Position einzunehmen?

Im Umfeld dieser Annäherungen zur NATO ist auch eine nicht ehrliche Neutralitätsdiskussion aufgekommen. Insofern war die Äusserung des Anton Thalman, damals Botschafter, Stv. Generalsekretär VBS und Projektleiter sicherheitspolitischer Bericht, dann bis 2003 Botschafter in Belgien und Chef der Schweizer Mission bei der Nato, heute stellvertretender politischer Direktor im EDA, anlässlich einer Podiumsdiskussion in Bern am 23.6.1999: **«Man muss die Neutralität, an der kein Bedarf mehr besteht, sanft einschlafen lassen»**. Ein eklatanter Widerspruch zur tiefen Verankerung des Neutralitätsprinzips in der Schweizer Bevölkerung!

«Solidarität besteht nicht darin, dass wir uns einem grösseren Organismus unterwerfen, der uns die Verantwortung abnimmt, sondern dass wir aus eigenem Entschluss das tun, was dem Allgemeinen dient. Dazu ist vollkommene Selbständigkeit unbedingte Voraussetzung. Dies war von jeher die Grundlage eidgenössischer Existenz im Zusammenleben, im kleinen zwischen den Menschen, im grossen zwischen den Staaten und -Völkern.» (Wolfgang von Wartburg, Die europäische Dimension der Schweiz, 1996, S. 195)

## Kleine Staatskunde zum Thema Neutralität für unsere ehrenwerten Politiker und Militärschefs

- Die traditionelle immerwährende Neutralität der Schweiz hat ihrer Natur gemäss drei Hauptfunktionen:

1. Die Neutralität nach aussen ermöglicht es, Zwistigkeiten im Innern zu vermeiden.
2. Als Mittel der Aussenpolitik hat sie den Zweck, die Unabhängigkeit gegenüber den Grossmächten zu bewahren und die Schweiz aus den Konflikten anderer Staaten herauszuhalten. In diesem Sinne ist sie frei gewählt und seit 1815 durch die Grossmächte anerkannt.
3. Die Neutralität ermöglicht eine konsequente und unverdächtige Arbeit für den Weltfrieden, vor allem durch die «guten Dienste».

- Der wesentliche, positive Inhalt einer schweizerischen Neutralitätspolitik ist der grundsätzliche Verzicht auf Machtpolitik (sei es zum eigenen Vorteil oder durch Teilnahme an machtpolitischen Staatenverbänden), die aussenpolitische Unparteilichkeit und darauf beruhend eine universelle Friedenspolitik. (Grundsätze schweizerischer Aussenpolitik: «... mit allen Völkern in Frieden zu leben und an allen Versuchen zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit... » teilzunehmen, um so die Machtbeziehungen zwischen den Staaten durch Rechtsbeziehungen zu ersetzen.» Bundesrat Max Petitpierre 1946: **«Wäre jedes Land der Welt dauernd neutral und zur Verteidigung fähig und willens, so wäre der Weltfriede vollzogen»**, Peter Sager, These 33, Zeitbild 5/91.\*

- Neutralität ist ein völkerrechtlicher Begriff. Rechte und Pflichten des Neutralen sind festgelegt in der Haager Konvention von 1907 und z. T. durch das frühere Gewohnheitsrecht. Das Neutralitätsrecht verpflichtet ausschliesslich den Staat, nicht aber die Wirtschaft oder die einzelne Persönlichkeit (soweit sie nicht den Staat repräsentiert).

Gesinnungsneutralität ist nicht gefordert. Damit bleiben Wirtschaft und Kulturleben frei von Staatsraison. Wirtschaftliche Beziehungen stehen ausserhalb des Neutralitätsrechtes; sie werden davon höchstens im Falle von Sanktionen oder von Kriegsmateriallieferung betroffen. Insofern ist die Neutralität auch ein Element geistiger und wirtschaftlicher Freiheit.

- Voraussetzung für die Wirksamkeit der Neutralität ist ihre unbedingte Zuverlässigkeit. Es ist zu unterscheiden zwischen dem Neutralitätsrecht und der Neutralitätspolitik. Das Neutralitätsrecht ist strikte einzuhalten. Die Neutralitätspolitik, die dafür zu sorgen hat, dass die Neutralität glaubwürdig bleibt, steht ununterbrochen vor Ermessensfragen, die sie oft zu einer eigentlichen Gratwanderung werden lässt. Während des Golfkrieges hat der Bundesrat gemäss Neutralitätsrecht die militärische Neutralität erklärt und den schweizerischen Luftraum für Militärflugzeuge gesperrt. Andererseits hat er das Wirtschaftsembargo der Uno mitgemacht. Das Neutralitätsrecht fordert vom Neutrale, nicht, dass er durch Gleichbehandlung eindeutige Rechtsbrecher bevorzuge.

- Durch die ersten beiden Funktionen der Neutralität (Erhaltung des inneren Friedens, Wahrung der Unabhängigkeit nach aussen) tritt die dritte Funktion umso deutlicher in den Vordergrund; die guten Dienste im weitesten Sinn.

Auf diesem Gebiet ist die Erfahrung der Schweiz einzigartig. Ihrer grundsätzlichen Friedenspolitik, genannt Neutralität, verdankt die Schweiz das internationale Ansehen, das ihr alle Dienste ermöglicht, die sie dem Frieden leisten kann: die Wirksamkeit des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, die machtpolitisch unverdächtige Katastrophenhilfe, die Vertretung der Interessen von Staaten nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen, insbesondere von kriegführenden Staaten, in der Rolle als Schutzmacht (gemäss Genfer Abkommen), diplomatische Vermittlungen der schwierigsten Art, wie z. B. zwischen Frankreich und Algerien, wobei oft eine Diskretion nötig ist, die alles Spektakuläre ausschliesst. Die «machtpolitische Unbescholtenheit» ist eine der grössten Kraftquellen, die die Schweiz in den Dienst des Weltfriedens stellen kann. (...)

- Von den in dieser Schrift geltend gemachten Gesichtspunkten aus ist ein Beitritt zur EU abzulehnen. Von offizieller Seite wird ständig wiederholt, ein «Alleingang» komme nicht in Betracht. Der Ausdruck «Alleingang» entspricht jedoch nicht der Wirklichkeit. Die Schweiz ist jetzt schon stärker in Europa (nicht in der EU) integriert als irgendein anderer Staat.

Wirtschaftlich ist die Schweiz ein integrierender Bestandteil der Weltwirtschaft, geistig-kulturell ist sie mit Europa infolge ihrer Mehrsprachigkeit stärker verbunden als ihre Nachbarn, eigenständig ist sie in ihren politischen Institutionen. Sie fügt niemandem einen Schaden zu, wenn sie auf dieser Selbständigkeit beharrt. Die wirkliche direkte, nicht nur die scheinbare indirekte Demokratie müsste im Grunde die Zukunft Europas selbst sein.

- Gibt es eine Alternative zur Neutralität? Es wird von mancher Seite eine aktivere Aussenpolitik gefordert. Eine solche kann nur in der Förderung des internationalen Rechtes und Friedens bestehen. Diese können aber gar nicht besser fundiert werden als durch die grundsätzliche Neutralität. Die schweizerische Neutralität ist eine allgemein anerkannte internationale Institution. Keine Behörde hat das Recht, sie abzuschaffen, Unterstützung von Demokratie und Menschenrechten, Stellungnahme gegen Gewaltakte, Anerkennung sich unabhängig machender Völker – solche Massnahmen stehen im Einklang mit dem Sinn der schweizerischen Neutralität. Mitmischen bei der internationalen Machtpolitik oder Mitreden, wo es sich um blosser Wiederholung üblicher Gemeinplätze handelt, kann sie nur in Misskredit bringen.

- Es gibt zahlreiche aussenpolitische Probleme, auf die das Neutralitätsprinzip nicht anwendbar ist. Es ist jedoch sinnlos, diese Tatsache zur Abwertung der Neutralität zu benutzen – wie es gelegentlich geschieht –, da diese nicht helfen, solche Probleme zu bewältigen. Zu solchen neutralitätspolitisch irrelevanten Problemen gehören z. B.: Umweltfragen, humanitäre Hilfsaktionen, Aufbauhilfe in Osteuropa, Entwicklungshilfe in der dritten Welt, Verkehrsabkommen, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Mitwirkung in Europarat und KSZE. Über solche Fragen kann ohne neutralitätspolitische Bedenken verhandelt werden.

- Dem Vernehmen nach soll bei den Beitrittsverhandlungen Schwedens und Österreichs zur EG auch deren Neutralität neu «definiert» werden. Es stellt sich die Frage, ob die Schweiz nicht rechtzeitig auf internationalem Boden ihre eigene Auffassung der Neutralität als Grundlage einer zuverlässigen Unparteilichkeit und einer universellen Friedenspolitik energischer bekannt machen sollte.

- Infolge ihrer Lage, Grösse, historischen Verpflichtungen, auch ihrer Nachbarschaft sind die wenigsten Staaten in der Lage, dieselbe Politik zu treiben wie die Schweiz, auch wenn sie ein identisches Ziel verfolgen. Es muss einen Ort auf der Welt geben, der ausschliesslich dem Frieden dient. Die Schweiz eignet sich dafür durch ihre Tradition, ihre Erfahrung, auch durch ihre Kleinheit und geographische Lage. Ihre Neutralität kann keinem anderen Staat schädlich oder lästig werden. Andererseits ermöglicht sie ihr, sich an allen Friedensbemühungen aktiv zu beteiligen.

### **Unsere Landwirtschaft ist zur Sicherung einer Meinungsfreiheit und der direkten Demokratie absolut notwendig**

Wir sind der Meinung, dass die Aufrechterhaltung der Landwirtschaft für die direkte Demokratie unseres Landes unabdingbar ist. Die Landwirtschaft in der Schweiz kann zwar im Expansions- und Wachstumstrend nicht mithalten, doch sie ist notwendig zur Sicherung der Nahrungsgrundlage und **ohne Ernährungsfreiheit gibt es auch keine Meinungsfreiheit**. In den Exportländern wird die Bebauung des Bodens immer mehr in einer Weise betrieben, die hohe Risiken in sich trägt: Monokulturen, massiver Chemieeinsatz, Hochzucht von Nutztieren, in Zukunft vor allem der Einsatz von Gentechnologie und Hybridsaatgut.

Die Bodenerosion nimmt zu durch Destabilisierung und Ausräumung der Agrarlandschaft, durch einseitige Fruchtfolge und sogenannte rationelle Produktionsmethoden und durch Versalzung der Böden. Die Erreger von Pflanzenkrankheiten werden gegen Pestizide und Insektizide zunehmend immun. Hochgezüchtete Tiere sind in immer stärkerem Ausmass Krankheiten ausgesetzt. Gentechnologische Freilandexperimente können unvorhergesehene Folgen haben. Das Produktivitätspotential der Landwirtschaft wird durch Rückstandsbelastungen, vor allem durch Schwermetalle, gefährdet. Das Wasser wird übernutzt, und die Wasserknappheit wird weltweit immer akuter. Sollten sich zudem die Vorhersagen betreffend die Klimaveränderung bewahrheiten, ist die landwirtschaftliche Produktion besonders in den Gebieten, aus denen wir einen wesentlichen Teil unsere Nahrungsmittel importieren, gefährdet.

Zusätzlich schrumpft die Fläche, die für die Produktion von Nahrungsmitteln zur Verfügung steht, weil sie für die Produktion von Biomasse zum Zweck der Energiegewinnung beansprucht wird. Sie soll das Erdöl ersetzen.

Die Benachteiligung der Landwirtschaft gegenüber der Industrie wird dadurch verschärft, dass die Landwirtschaft in den Exportländern, die auf billigem Boden wirtschaftet, darauf angewiesen ist, die quantitative Produktionsausweitung stets weiter zu forcieren, um ihren auch dort bestehenden Wettbewerbsnachteil gegenüber der Industrie zu kompensieren. Landwirtschaft und Industrie sind nicht das Gleiche.

Das Fazit dieser Feststellungen ist, dass ohne Schutzmassnahmen die Landwirtschaft in der Schweiz gegen null schrumpfen würde. Vor der Diskussion um den richtigen Mix der Agrarschutzmassnahmen in der AP 2011 muss daher die Frage beantwortet werden, ob sie nur dazu dienen sollen, die Gesundenschrumpfung der Landwirtschaft in Richtung null zu erleichtern, oder ob wir in der Schweiz dauerhaft eine landwirtschaftliche Produktion beibehalten wollen.

Es ist das ist das Ziel der AP 2011 – durch Strukturbereinigung, das heisst durch Halbierung der Betriebszahl und Erhöhung der Betriebsgrösse auf 40 ha – und der dadurch ermöglichten Kostensenkung die Bauern ein Einkommen erwarten dürfen, das die Landwirtschaft auch bei sinkenden Preisen noch genügend attraktiv macht. Sicher wird die Strukturbereinigung weitergehen. Aber 40 ha können für die Erzielung eines genügenden Einkommens nicht genügen, wenn im Ausland die Betriebe über zusammenhängende Flächen von 1000 ha und mehr verfügen.

Wenn die Durchschnittsgrösse von 40 ha erreicht ist, wird es daher dann heissen, jetzt müssten Grössen von 50, 60, 70 ha usw. anvisiert werden. Solche Grössen sind in der zersiedelten Schweiz gar nicht erreichbar, wenn es sich um zusammenhängende Flächen handeln soll. Bei nicht zusammenhängenden Flächen können ja die Kostenvorteile bei steigender Betriebsgrösse gar nicht wahrgenommen werden! Ausserdem kommt es nicht nur darauf an, dass irgendwelche Flächen zur Verfügung stehen. Vielmehr müssen es beim Ackerbau auch geeignete Fruchtfolgeflächen sein.

Wenn man die Förderung des Wachstums der Wirtschaft zum Hauptanliegen der Wirtschaftspolitik erklären würde, dann gibt es tatsächlich gute Gründe, die landwirtschaftliche Produktion in der Schweiz aufzugeben. Wir dürfen uns aber nicht vormachen, dass es nur darauf ankomme, den Bauern stärker unter Konkurrenzdruck zu setzen, damit die Wertschöpfung in der Landwirtschaft mit der Wertschöpfung in der Industrie gleichziehe und er so im Wachstum mithalten könne. Die objektiven Gegebenheiten des Marktes, der Produktion und der Sicherheit der Demokratie sprechen dagegen.

Es besteht daher für uns kein Zweifel: Die Landwirtschaft in der Schweiz aufzugeben ist lebensgefährlich. Sie aufrechtzuerhalten heisst, sich nicht nur gegen unvorhersehbare, sondern gegen schon deutlich vorhersehbare Risiken zu versichern. Es geht jedoch nicht nur um die Existenzsicherung, sondern auch – dazu möchten wir uns ebenfalls bekennen – um die Erhaltung der Kulturlandschaft und die dezentrale Besiedlung in den ländlichen Räumen, welche das Gesicht der Schweiz wesentlich prägen.

Dabei muss auf die ökologischen Erfordernisse Rücksicht genommen werden, insbesondere auf die Aufrechterhaltung der Artenvielfalt. Die nachhaltige Bewirtschaftung des Bodens ist eine entscheidende Aufgabe der Landwirtschaft! Es müssen dazu auch entsprechende Auflagen gemacht bzw. verstärkt werden. Welche Konsequenzen ergeben sich aus diesen Feststellungen für die Agrarpolitik unseres Landes? Es sei hier nur soviel gesagt: Mit der AP 2011 wird die «Gesundshrumpfung» der Landwirtschaft gegen null nicht verzögert sondern beschleunigt.

Dies wird deutlich durch die vorgesehene Lockerung der Bestimmungen des bäuerlichen Bodenrechts – Erhöhung der Gewerbegrenzen (d. H. nur die Grossbauern kriegen Subventionen und können überleben), Aufhebung von Preis- und Pachtzinsvorschriften sowie der Belehnungsgrenzen und Entlassung der Bauzone aus dem landwirtschaftlichen Pachtgesetz – sowie die Aufweichung der Beschränkungen für die bauliche Nutzung des Bodens in der Landwirtschaftszone. Diese «Reformen» ziehen den Bauern speziell den Kleinbauern sozusagen den Boden unter den Füßen weg und sind deshalb abzulehnen.

Wir müssen wieder grösseres Gewicht auf Qualität als auf Quantität legen. Biologische Landwirtschaft gedeiht besser in Kleinbetrieben. Bedeutungsvoll ist die Stärkung der biologischen Landwirtschaft, die besser in Kleinbetrieben gedeiht, weshalb nicht auf eine Vergrösserung der Betriebsfläche gesetzt werden sollte. Wegen der Bevorzugung biologischer Produkte sind wir bereit, höhere Preise für Nahrungsmittel zu bezahlen. In frühern Zeiten waren die durchschnittlichen Ausgaben an Nahrungsmittel ein viel höherer Anteil des Erwerbseinkommens der Bevölkerung. An der Qualität der Nahrung soll nicht gespart werden!

Aus all diesen verschiedenen Feststellungen folgt: Wenn man die Landwirtschaft in der Schweiz aufgeben will, ist die AP 2011 in der vorliegenden Form ein guter Weg dazu. Wenn man sie aber aufrechterhalten will, müssen wesentliche Teile des AP 2011-Projekts zurückweisen und eine neue auf Qualität, Dezentralität und Selbstversorgung ausgerichtete Landwirtschaft fordern. Es gilt: «Il faut vouloir aussi les conséquences de ce qu'on veut.» – «Man muss auch die Konsequenzen von dem wollen, was man will.»

### **Der gandhische Demokratiedanke und das traditionelle «Schweizer Modell»**

Der gandhische Demokratiedanke führt zu ethischer Evolution. Die **Ethikpartei** unterstützt Gandhis Vision einer direkter, föderalistischen Demokratie, die bereits mehr oder weniger in den besten Demokratien dieser Welt praktiziert wird. Diese Art von direktem Föderalismus ist nirgendwo auf der Welt so ausgeprägt und etabliert wie in der Schweiz. **Die direkte Demokratie ist die einzige Staatsform, welche den Frieden garantiert. Direkte föderalistische Demokratie fördert mit ihrer dezentralen Struktur das Selbstverantwortungsbewusstsein der Menschen und das erhebt sie in ihrer ethischen Evolution.** Aufgezwungene Passivität in zentralistisch-totalitären Systemen führt zu einer Degeneration der Menschen.

Was ist das Rezept und die Friedensformel für eine gerechte Demokratie? Es ist die Dezentralisierung. Gewalttätigkeit führt zu Zentralisierung und der Vorgang in Richtung der Nichtgewalttätigkeit ist somit Dezentralisierung d. h. der Föderalismus.

Gandhi hat immer eine solche Dezentralisierung der ökonomischen UND politischen Macht in Form von mehr oder weniger, sich selbst versorgenden und selbst verwaltenden Gemeinden befürwortet. Er sieht solche Gemeinschaften als die Modelle der gewaltlosen Organisation.

Ist das gandhische Demokratieverständnis neuzeitlich? Es mehr als neuzeitlich: Der Weg des Gandhischen Demokratieverständnis ist der Weg zu einer neuen Art von Zivilisation. In der Schweizerischen Politik wird ein solches System auch heutzutage praktiziert, wenn es auch immer mehr am verschwinden ist, sei es im Politischen aber auch vor allem im Wirtschaftlichen. Eine Nationalfondsstudie mit dem Titel «Demokratie in den Gemeinden» hat vor kurzem das Gemeindeleben in der Schweiz untersucht. Sie gibt dem Leser auch Hinweise für die Lösung drängender politischer und wirtschaftlicher Fragen:

In der Schweiz leben gut 7 Millionen Menschen aus verschiedenen Kulturen und mit 4 Landessprachen seit langem in Frieden. Sie leben in 26 Kantonen und etwa 3000 Gemeinden von ganz unterschiedlicher Grösse. Jede Gemeinde hat ihre eigene Geschichte. Viele Gemeinden umfassen nur wenige hundert Einwohner, die grösste Stadt, Zürich, knapp 400 000. Im europäischen Vergleich sind diese Strukturen ausgesprochen dezentral und kleinräumig. In den zahlreichen Gemeinden ist entstanden, was heute weltweit als «Schweizer Modell» bekannt ist. Darin liegen auch die Gründe, weshalb die Schweiz nicht Mitglied der EU ist. Ihre kleinräumigen, föderalistischen und direktdemokratischen Strukturen sind nicht EU-kompatibel.

Die erfolgreiche freie, direkte Mitverantwortung und das aktive Mitwirken der Bürger in den Gemeinden wurden im Verlauf der Geschichte auch auf höhere staatliche Ebenen übertragen. Heute haben auch die Kantone und der Bund in zentralen Bereichen direktdemokratische Strukturen. So werden wichtige Sachfragen, zu denen zum Beispiel auch die Steuern gehören, überall in direkter Abstimmung entschieden. Es gab sogar auf Bundesebene einmal eine Volksabstimmung darüber, ob das Militär bestimmte Kampfflugzeuge (FA 18) anschaffen soll oder nicht. Small is beautiful. Die Nationalfondsstudie von Professor Ladner bestätigt einmal mehr, dass die Demokratie in kleineren Gemeinden lebendiger und vielfältiger ist als in grossen.

Professor Ladner und seine Mitarbeiter hatten 1500 Personen aus Gemeinden unterschiedlicher Grösse zu ihren Einstellungen zur lokalen Politik und zu ihren politischen Aktivitäten befragt. Die freiwillige Mitarbeit in den Behörden ist in kleineren Gemeinden – entgegen allen Unkenrufen in den Medien – noch weit verbreitet.

Die Resultate der Studie zeigen, dass die soziale Integration, die Zufriedenheit, die politische Kompetenz und das Vertrauen in die Politik in kleineren Gemeinden grösser ist. Mit einem Wort: Die Demokratie ist hier lebendiger und direkter. Es gibt eine ganze Reihe von Studien, die belegen, dass kleine Gemeinden auch finanzielle Vorteile haben. So hat der Berner Professor Vatter aufgezeigt, dass der durchschnittliche Verwaltungsaufwand und auch die Schulden je Einwohner in Regionen mit vielen kleineren Gemeinden deutlich niedriger sind.

Der Wohlstand in der Schweiz beweist zudem, dass die dezentralen, kleinräumigen Strukturen für die wirtschaftliche Entwicklung nicht hinderlich sind, wie Befürworter des Zentralismus fälschlicherweise behaupten. Trotz all dieser unbestreitbaren Vorzüge der Kleinräumigkeit und Direktheit stehen in der Schweiz die Gemeinden und auch die Kantone unter Druck, sich politisch zu neuen Grossgebilden zusammenzuschliessen. Es fragt sich, warum.

Bereits nach dem Zweiten Weltkrieg hat Professor Gasser darauf hingewiesen, dass sich nur in freien Gemeinden soziale Werte entwickeln können, die getragen sind vom Prinzip der freien Kooperation von gleich zu gleich. Dies ist in unseren Augen auch heute der Boden, auf dem drängende Probleme nachhaltig gelöst werden können – sei es im staatlichen wie im wirtschaftlichen Bereich. Die Menschen wollen keinen Krieg. Im Gegensatz und in Konkurrenz dazu steht der Geist der Subordination, der gehorsamen Unterordnung, der die Bürger an das Befehlen und das Gehorchen gewöhnt.

Dieser Geist prägt leider die politischen und wirtschaftlichen Grossgebilde, die heute die Welt beherrschen und die auch andere Ziele als das Gemeinwohl verfolgen. Dieser Geist leitet auch die aktuellen Bestrebungen, zahlreiche wirtschaftliche Unternehmen, die in ihrer Region gewachsen und verwurzelt sind, zu gigantischen, auch politisch mächtigen Konzernen zusammenzufügen.

Der Geist der Subordination leitet in der Schweiz auch die Akteure, die das Gemeindeleben zentralisieren und aus den gewachsenen Gemeinden und Kantone der Schweiz neue Gebilde formen wollen, die sich von oben besser steuern lassen.

Wie sieht das Demokratieverständnis nun bei Gandhi aus? Gandhi meint selbstverständlich nicht, dass die indischen Dorfrepubliken in ihrer alten Form wieder belebt werden sollten; das ist weder möglich noch wünschenswert. Änderungen müssen aber entsprechend der modernen geänderten Umstände und deren Notwendigkeiten berücksichtigt werden. Ausserdem waren natürlich auch die alten landwirtschaftlichen Gemeinschaften nicht von allen Fehlern frei.

Es muss ihnen jedoch zugestanden werden, dass diese Dorfkommunen in sich als ein Mikrokosmos, den Samen der idealen ökonomischen und politischen Organisation enthielten, in einer Form von gut koordinierten Dorfgemeinschaften mit ihrer positiven und direkten Demokratie, ihrer Unabhängigkeit, ihrer gewaltlosen Hauswirtschaft und den entsprechenden zwischenmenschlichen Kontakten.

**"Der beste Staat ist der“, erklärt Gandhi, "der am wenigsten regiert."**

Nach Ansicht des Professors Aldous Huxley, "ist die politische Strasse zu einer besseren Gesellschaft, die Strasse der Dezentralisierung und verantwortungsvollen Selbstverwaltung". Der Einzelperson soll ermöglicht werden, zu einer Vielzahl von kleinen sozialen Körpern zu gehören, die alle exekutive Kräfte besitzen, welche die Produktion und die lokale Selbstverwaltung beaufsichtigen. Als Mitglied von diesen, kann er fühlen, dass er politisch etwas zu sagen hat und dass seine Arbeit auch wirklich der Gesellschaft einen Nutzen bringt. Auf diese Art und Weise können die Menschen realisieren, dass Selbstverwaltung funktioniert und dass die Gesellschaft nach ihrem Willen formbar ist, weil sie die Gesellschaft selber sind.

Die Zentralisierung der Macht resultiert in der Abnahme der Freiheit, der Entmündigung des Einzelnen und in einer zunehmenden Unterdrückung der Menschheit und das auch in den Ländern, die meinen, eine demokratische Form der Regierung zu geniessen.

"Zentralisierung sorgt für Gleichförmigkeit; sie ermangelt die Besonderheit von Ort, Zeit und Umständen." meint Lewis Mumford. Der weithin bekannte Soziologe empfiehlt, dass die Vorteile der lokalen Selbstverwaltung in den Gemeinschaften bekannt gemacht werden.

Dr. Beni Prasad erwähnt dazu: "Die vollkommene Masseinheit für die Selbstverwaltung ist ein vertrautes Klima, in dem, wie Aristoteles sagen würde, die Menschen den Charakter voneinander kennen können. In den Dörfern, in den Gemeinden oder in den Kommunen erschafft die Autonomie die Vorteile der direkten Demokratie. Eine direkte Demokratie stimuliert den bürgerlichen Patriotismus, erhebt die Einzelpersonen über sich selbst hinaus an und regt die Gewohnheit zur Mitarbeit an. Es bildet das Rechtsverständnis und teilt eine administrative Erfahrung den vielen Millionen zu, die nicht hoffen können, sich in einer nationalen, politischen Abgeordnetenversammlung zu betätigen.

Lokale Selbstverwaltung in den Städten oder in den Bezirken erleichtert auch die Belastung an die zentrale Gesetzgebung und deren Administrationen. In den grossen Ländern der modernen Welt, hat die Selbstverwaltung und Dezentralisierung den Verdienst, dass die Einzelperson nicht in einer riesigen Wählerschaft versinkt, denn das führt zu Hoffnungslosigkeit, Gleichgültigkeit und zu einem Gefühl der individuellen politischen Impotenz. Der resultierende politische Fatalismus der Menge wird somit am besten mit einer lokalen Selbstverwaltung wieder rückgängig gemacht."

Diese kleinen Gemeinschaften, die ein sehr grosses Mass an lokaler Selbstverwaltung geniessen, werden der fruchtbare Boden einer echten und vitalen Demokratie. Sie sind ein wertvolles Gegenmittel gegen den bürokratischen Geist und erleichtern eine informierte Diskussion und führt zu passenden Lösungen der lokalen Probleme. Es war in diesen kleinen Gemeinschaften wo die Demokratie zuerst entstanden ist.

### **Die Volkswirtschaft in einer dezentralisierten Demokratie**

Die autonome Organisation der dezentralisierten landwirtschaftlichen und kleinindustriellen Betriebsgemeinschaften führt zu einer gerechteren ökonomischen Verteilung.

Die heutige kapitalistische Gesellschaft, in der die Produktionsmittel hauptsächlich durch die Begüterten gesteuert werden, hat es nicht geschafft für alle Menschen in der Welt genug Nahrung, anhaltenden Frieden und wirklichen Wohlstand zu etablieren; die Schere von Arm zu Reich erweitert sich. 1960 war der Einkommensunterschied zwischen dem reichsten und ärmsten Fünftel der Weltbevölkerung 30 : 1 – 1997 war er schon mehr als 74 : 1.

Der Sozialismus andererseits hatte versucht das freie Unternehmertum gnadenlos auszurotten. Obwohl der sowjetische Kommunismus den Lebensstandart der Massen durch die Verstaatlichung der Produktionsmittel zeitweilig ein wenig angehoben hatte, war er am Schluss dennoch kein Segen. Seine grosse Maschinerie der zentralen Planung hat die Einzelpersonen auf Nichtindividuen und Automaten verringert. Ausserdem hatte Russland sich imperialistisch auf die Anliegerstaaten ausgebreitet. Gleichwohl wie "edel" ihre Absichten auch gewesen sein mögen, können wir die ehemalige Rolle der UDSSR in der internationalen Politik nicht mit Gleichmut ansehen.

Wir können keine Art des Imperialismus bevorzugen, sei er kapitalistisch oder sozialistisch. Der zentralisierte Sozialismus hat die Neigung aggressiv und imperialistisch zu wachsen; er kann deshalb nicht für sich beanspruchen, eine neue Weltordnung zu verkünden, in dem Frieden, Wohlfahrt und Freiheit garantiert werden. Das Errichten von Mauern um das Reisen einzuschränken beruht auch auf Zentralismus.

### **Der goldene Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus**

Das Unternehmertum der Einzel- und Kleinbetriebe muss gefördert werden, denn sie sind die Grundlage einer Demokratie. Die dezentralisierte Kleinindustrie ist ein wichtiger Bestandteil einer echten Demokratie, d. h. die Menschen müssen sich wieder mehr verselbständigen und die Steuern und bürokratischen Behinderungen für diese Start-up's sollten verringert werden. Die indischen Dorfkommunen hatten ein gutes Muster eines ausgeglichenen Wirtschaftssystems entwickelt, indem sie die Extreme Gleichgültigkeit und totalitäre Steuerung vermieden. Nach jahrhundertlangem Experimentieren hatten sie einen goldenen, glücklichen Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus entwickelt.

Die indischen Dorfkommunen (der vorkolonialen Epoche) hatten eine ideale Form der kooperativen Landwirtschaft und Kleinindustrie entwickelt, in der es kaum die Möglichkeit für Ausnutzung der Armen durch die Reichen gab. Oder wie Gandhi es nennt, war die Produktion fast simultan mit Verbrauch und Verteilung. Die meisten Gebrauchsgüter, die in den Familienbetrieben und in den lokalen Fabriken hergestellt wurden, waren für sofortigen Gebrauch und nicht für die entfernten Märkte gedacht. Solch eine übersichtliche Kleinproduktion auf der Basis der Selbstverwaltung und Selbstversorgung, wie wir sie in den indischen Dorfkommunen fanden, beseitigte automatisch die Ausnutzung von Seiten der Grosskapitalisten. Sie stellte ein ökonomisches und ökologisches Gleichgewicht her, ohne die Freiheit der einzelnen unbarmherzig zu beschränken oder einigen wenigen Einzelpersonen zu erlauben, die grosse Masse oder die Ressourcen auszubeuten. Unnötig zu erwähnen, dass entsprechend den Gandhischen Idealen solche dezentralisierte Hausindustrien auf einer sozialen Kooperation und nicht auf einer kapitalistischen zinsorientierten Grundlage organisiert werden sollte.

Die kapitalistische Gesellschaft mit ihrer grossräumigen und zentralisierten Produktion hat schon häufig die Welt in blutige und verheerende Wirtschaftskriege gedrängt. Sollte dieser ganze tragische Verlust des Lebens nicht in den Kosten der grossräumigen Produktion mit eingerechnet werden? Diese umfassende Betrachtung macht die zentralistische Produktion sehr teuer, unwirtschaftlich und unbarmherzig.

### **Die wirtschaftliche Sicherheit einer dezentralisierten Demokratie**

Dezentralisierung ist für die Sicherheit z. B. bei grossen Naturkatastrophen oder auch gegen fremde kriegerische Aggressionen notwendig. Die zentralisierten Industrien stellen ein einfaches Ziel dar und nur einige wenige Bomben können die heutige Weltwirtschaft als Ganzes erfolgreich zerstören. Vom strategischen Gesichtspunkt aus wird ein Land mit seinen grossräumigen Industrien, die in einigen grossen Städten konzentriert sind, und das zudem abhängig ist vom Ausland, in hohem Grade verletzbar. Die bemerkenswerte Organisation der Kleinindustrien in China ist möglicherweise der Hauptfaktor, der den Chinesen ermöglichte, dem japanischen Angriff im 2. Weltkrieg für so viele Jahre zu widerstehen.

Fast alle chinesischen Dörfer waren damals autark hinsichtlich der Notwendigkeiten des Lebens, indem sie ein Netz von lokalen Industrien selbst in den entferntesten Ecken des Landes hatten. Abhängigkeit zu entfernten Märkten kann zu Zeiten einer grossen Krise tödlich sein.

Die Kritik gegen Gandhis Ideen ist oft, dass sie die Uhr auf ein mittelalterliches Zeitalter zurückstellen. Aber solche Angriffe sind auf groben Missverständnissen gegründet. Gandhi wünschte nicht, dass die Dorfgemeinschaften völlig vom Rest des Landes und der Welt abgeschnitten werden. Gandhis Vision war einfach, dass die Dorfrepubliken und Gemeinden die grundlegenden Masseinheiten der Regierungsgewalt sein sollten und maximale Autonomie in den kulturellen, sozialen, ökonomischen und politischen Angelegenheiten geniessen. Diese Gemeinschaften sollten richtig koordiniert werden; als Bezirk und als Provinz mit Anschluss zur provinziellen Versammlungen bis hin zum Bundes-, Unions- oder Weltparlament.

### Die Schlussfolgerung und ein kleiner Nachgedanke

Der Weg, die heute drängenden Probleme nachhaltig zu lösen, führt einzig über die freie Kooperation. Deshalb gilt es alle jene Formen des Zusammenlebens zu stärken, die dieses Prinzip hochhalten. Im politischen Bereich sind dies in erster Linie die freien und eigenständigen Gemeinden.

Im wirtschaftlichen Bereich gehören sicher die kleinen und mittleren Betriebe, die sogenannten KMU, und die Genossenschaften dazu. Sie haben es im aktuellen politischen und wirtschaftlichen Gigantismus schwer. Im zwischenstaatlichen Bereich sind die regionalen Abkommen zu bevorzugen, die keinen Anspruch auf Supranationalität beanspruchen.

«Klein» ist wirklich fein! In den Schweizer Städten ist diese Gesinnung mehr und mehr am verschwinden. Das ist auch kein Wunder da die dortigen Menschen durch ihre Beschäftigungslage bei den globalisierten Konzernen mehr und mehr geprägt werden und durch einen immer grösser werdenden Leistungsdruck in Bedrängnis geraten.

Wenn man aber aufs Land geht und zum Beispiel den Bergbauern in die Augen sieht, dann sieht man wieder so etwas wie lebendige und politisch wache Menschen. Kommt man aber wieder zurück in die Städte, dann hat man das Gefühl als stecke man in einer zombiehaften hektischen Schafherde, die meinen der Wert des Lebens bestehe hauptsächlich darin in was für Kleidern man herumrennt. Natürlich trägt der fremdgesteuerten Mainstream (vorgekaute Einheitsmeinung) der Massenmedien und die Meinungskartelle der Globalisten tun sein weiteres dazu. **Vielleicht müssen wir bald wieder einmal in den Bergen der Innerschweiz eine neue Eigenossenschaft ausrufen ...** aber vielleicht können aufrechte Menschen oder Organisationen wie die **Ethikpartei** auch noch bei den Städtern einen Gesinnungswandel auslösen!

**Zusammenfassend gesagt und in einem Satz:** Es gibt zwei Wege der Globalisierung; die erste ist die heutige, uns allzu bekannte fusionierte, zentralistische Globalisierung, die in einen weltweiten totalitären feudalistisch-faschistischen Überwachungsstaat und zu einem Verlust der Freiheit mündet, und die zweite Variante der Globalisierung wäre dann die "globale Verbreitung" des Dezentralismus und des direkt-demokratischen Föderalismus mit einer grösstmöglichen Unabhängigkeit, Selbstversorgung und neutralen Selbstverwaltung, wie es uns **Mahatma Gandhi** (1869-1948) gelehrt hat und auch der Schweizer Nationalheilige **Bruder Niklaus** von der Flüe (1417-1487) mit den Worten: "**Machet den Zaun nicht zu weit**" und "**Mischt Euch nicht in fremde Händel**".

Wie diese zweite Variante zu bewerkstelligen ist, das beschreiben wir auf [www.ethikpartei.ch](http://www.ethikpartei.ch) oder [www.ethikpartei.de](http://www.ethikpartei.de). Siehe dort auch das "Manifest der Dharma - **Ethikpartei**" und das "10 Punkteprogramm der **Ethikpartei**"...

Schicken Sie uns ihre Vorschläge, Ideen, Kritiken, Fragen, Korrekturlesungen, usw. am besten an unsere Emailadresse [info@ethikpartei.de](mailto:info@ethikpartei.de)

Helfen Sie der **Ethikpartei** sich zu verbessern, oder:

Finden sie Leute, welche die **Ethikpartei** verbessern können, oder: Unterstützen sie diejenigen, welche die **Ethikpartei** am verbessern sind. Dieses Heft können Sie auch **selber ausdrucken und weitergeben** via

Downloads bei [www.ethikpartei.ch](http://www.ethikpartei.ch) / [www.ethikpartei.de](http://www.ethikpartei.de)